

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 17/11037 –**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) auf Grundlage der Resolutionen 1996 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Juli 2011 und 2057 (2012) vom 5. Juli 2012

A. Problem

Südsudan steht mehr als ein Jahr nach der Erklärung seiner Unabhängigkeit vor großen Herausforderungen. Eine tiefe wirtschaftliche Krise, humanitäre Notlagen und eine fragile Sicherheitslage prägen das Bild in verschiedenen Regionen des Landes. Staatliche Verwaltung sowie die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur in Südsudan sind weiterhin nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Ihr Aufbau und die politische Stabilisierung der internen Situation bedürfen intensiver Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Bereits im Vorfeld der Unabhängigkeit hatte die Regierung Südsudans den Wunsch nach einer fortgesetzten Präsenz der Vereinten Nationen in Südsudan geäußert. Nachdem Sudan einer Verlängerung des Mandats von UNMIS nicht mehr zugestimmt hat, verabschiedete der Sicherheitsrat am 8. Juli 2011 unter deutscher Präsidentschaft die Resolution 1996 (2011) zur Einrichtung der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan (UNMISS), um die fortgesetzte Präsenz der Vereinten Nationen in Südsudan sicherzustellen. Am 5. Juli 2012 hat der Sicherheitsrat das Mandat von UNMISS bis zum 15. Juli 2013 verlängert. Kernaufgaben der Mission sind weiterhin die Unterstützung der Regierung bei der Friedenskonsolidierung und dadurch längerfristig des Staatsaufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus leitet UNMISS Unterstützung bei der Gewährung von Sicherheit, Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Stärkung des Sicherheits- und Justizsektors. Das deutsche Engagement bei UNMISS ist Teil der langjährigen Bemühungen der Bundesregierung um eine dauerhafte Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung in Sudan und Südsudan.

Der Deutsche Bundestag soll der von der Bundesregierung am 17. Oktober 2012 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) über den 15. November 2012 hinaus bis zum 31. Dezember 2013 mit bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten zustimmen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/11037 anzunehmen.

Berlin, den 7. November 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Philipp Mißfelder
Berichtersteller

Heidmarie Wieczorek-Zeul
Berichterstatterin

Marina Schuster
Berichterstatterin

Jan van Aken
Berichtersteller

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Marina Schuster, Jan van Aken und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11037** in seiner 201. Sitzung am 25. Oktober 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie gemäß § 96 GO-BT dem Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Südsudan steht mehr als ein Jahr nach der Erklärung seiner Unabhängigkeit vor großen Herausforderungen. Eine tiefe wirtschaftliche Krise, humanitäre Notlagen und eine fragile Sicherheitslage prägen das Bild in verschiedenen Regionen des Landes. Staatliche Verwaltung sowie die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur in Südsudan sind weiterhin nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Ihr Aufbau und die politische Stabilisierung der internen Situation bedürfen intensiver Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Bereits im Vorfeld der Unabhängigkeit hatte die Regierung Südsudans den Wunsch nach einer fortgesetzten Präsenz der Vereinten Nationen in Südsudan geäußert. Nachdem Sudan einer Verlängerung des Mandats von UNMIS nicht mehr zugestimmt hat, verabschiedete der Sicherheitsrat am 8. Juli 2011 unter deutscher Präsidentschaft die Resolution 1996 (2011) zur Einrichtung der Mission der Vereinten Nationen in Südsudan (UNMISS), um die fortgesetzte Präsenz der Vereinten Nationen in Südsudan sicherzustellen. Am 5. Juli 2012 hat der Sicherheitsrat das Mandat von UNMISS bis zum 15. Juli 2013 verlängert. Kernaufgaben der Mission sind weiterhin die Unterstützung der Regierung bei der Friedenskonsolidierung und dadurch längerfristig des Staatsaufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus leitet UNMISS Unterstützung bei der Gewährung von Sicherheit, Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Stärkung des Sicherheits- und Justizsektors. Das deutsche Engagement bei UNMISS ist Teil der langjährigen Bemühungen der Bundesregierung um eine dauerhafte Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung in Sudan und Südsudan.

Der Deutsche Bundestag soll der von der Bundesregierung am 17. Oktober 2012 beschlossenen Fortsetzung der Beteili-

gung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) über den 15. November 2012 hinaus bis zum 31. Dezember 2013 mit bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten zustimmen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11037 in seiner 100. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11037 in seiner 125. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/11037 in seiner 70. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11037 in seiner 68. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11037 in seiner 67. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

V. Beratungsverlauf im Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss nimmt in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 7. November 2012

Philipp Mißfelder
Berichtersteller

Heidemarie Wieczorek-Zeul
Berichterstatterin

Marina Schuster
Berichterstatterin

Jan van Aken
Berichtersteller

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin